

Gemeinsame Pressemitteilung

Vlotho, 08.06.2023

Seite 1/1



Bürgerbetrug um geplante ICE-Neubaustrecke – Regierung möchte Projekt ins Genehmigungsbeschleunigungsgesetz aufnehmen

Zügig und unbemerkt versucht die Ampelregierung in diesen Tagen die Neubaustrecke Bielefeld-Hannover zu einem Projekt von „überragendem öffentlichen Interesse“ zu machen und damit ins Genehmigungsbeschleunigungsgesetz aufzunehmen. Mit diesem formalen Akt gehen weniger Bürgerbeteiligung und weniger Rücksicht auf umweltliche und gesellschaftliche Belange einher. „Die Regierung ermöglicht sich damit quasi selbst, den Bahnneubau schnell und geräuschlos durchzudrücken. Es gibt kaum mehr Möglichkeiten für die Bürger, sich in eine sachlich konstruktive Diskussion rund um große Infrastrukturprojekte wie ‚unseres‘ einzubringen. Denn Parameter, die gegen eine Neubaustrecke sprechen, bleiben komplett unberücksichtigt.“, erklärt Jens Köster, Vorsitzender der Initiative WiduLand. Quasi im Handstreich will die Ampel das Gesetz noch vor der Sommerpause, am 22./23. Juni durchwinken und dann am 7. Juli vom Bundesrat verabschieden lassen.

„Was immer wieder sauer aufstößt, ist die Tatsache, dass nach wie vor keine Vorzugstrassen bekannt sind. Seit Monaten werden die Menschen in einer ganzen Region mit verschiedenen Möglichkeiten und riesigen Korridoren abgespeist, ohne dass auch nur ansatzweise konkrete Planungen veröffentlicht werden. Nur eine Info scheint klar: die Bestandsstrecke wird nicht in Betracht gezogen, weil immer noch 31 Minuten und 300km/h als Vorgabe im Raum stehen“, so Hermann Dedert, Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Kreisverbandes Herford-Bielefeld. Dass Planer und Deutsche Bahn seit Beginn des Prozesses Transparenz und Offenheit fehlen lassen, ist für die verschiedenen Verbände fast schon Alltag. Dass nun aber völlig am Bürger vorbei eine Planung durch ein Beschleunigungsverfahren durchgedrückt werden soll, die nirgendwo bekannt ist und zu der die Menschen in der Region keinerlei Stellung beziehen können, ist der Gipfel des Betrugs seitens der Regierung. Denn mit der Aufnahme in das Genehmigungsbeschleunigungsgesetz fallen ein Großteil der eigentlich demokratisch legitimierten Einspruchsmöglichkeiten für Eigentümer und Anwohner entlang des geplanten – aber augenscheinlich völlig geheimen – Korridors einfach weg. Die Bundesregierung steht in der Kritik, da sie die Menschen in der Region dazu zwingt, sich ohne Kenntnis über ihr Schicksal stillschweigend zu fügen. Angesichts der Tatsache, dass die deutsche Bundesregierung das Aarhus-Protokoll unterzeichnet hat, das eine demokratische Bürgerbeteiligung bei Planungsvorhaben fördert, wird die Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens in Frage gestellt.

Schon jetzt planen die Initiative WiduLand, der nicht nur über 2.000 Bürger*innen angehören, sondern auch verschiedene Organisationen, Parteien und Verbände – quer durch alle Interessensgebiete – angehören, weitere Protestaktionen gemeinsam mit Naturschutzverbänden und Landwirtschaft. „Wir haben uns bundesweit mit anderen Bürgerinitiativen zusammengeschlossen, um den Protest gegen die geplante Neubaustrecke auszudehnen“, so Köster. Es geht dabei nicht um eine Ablehnung des Bahnausbaus, sondern darum, dass zunächst alle Optionen, insbesondere die Ertüchtigung und der Ausbau der schon bestehenden ICE-Strecke, geprüft und vorangebracht werden.

Ansprechpartner:

Landwirtschaftlicher Bezirksverband OWL, Hermann Dedert, 0171-8610549

Initiative WiduLand e.V., Jens Köster, 0151-40314468